

Landeshaushalt 2020 – heftige Debatte im Landtag und DPoIG NRW stellt klare Forderungen

Der Haushalt des Landes umfasst ein Volumen von beinahe 80 Milliarden Euro und weist insofern rund zwei Milliarden Euro mehr auf als der Etat des Vorjahres. Da für NRW im kommenden Jahr auch die verfassungsrechtlich verankerten Regeln der Schuldenbremse gelten, muss es der Regierung gelingen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Investitionsbedarf sieht die Regierung insbesondere in der Bildungspolitik. Neben der Schaffung von 37 000 neuen Kitaplätzen sollen zusätzlich zum bisherigen Stellenplan des Bildungsministeriums 1 200 Lehrer in den Landesdienst treten. Der POLIZEISPIEGEL wird beleuchten, ob der Haushalt dennoch substanziellen Veränderungen im Bereich der inneren Sicherheit Raum bietet.

■ **Opposition kritisiert den Haushaltsentwurf – innenpolitische Bezüge werden von Grünen und SPD allerdings nur durch Hinweise auf den Hambacher Forst hergestellt**

Im Rahmen der Generaldebatte über den Haushalt lieferten sich die Parteien einen harten Schlagabtausch. Während die Opposition aus SPD, AfD und Grünen die Regierung wegen der vorgelegten Daten scharf



➤ Stehen stets in konstruktivem Dialog – der Landesvorsitzende der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus (rechts), und der Innenminister des Landes NRW, Herbert Reul.

kritisierte, lobten die Regierungsparteien aus CDU und FDP das Zahlenwerk und sehen die Regierung auf einem guten Kurs.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, die ehemalige innenpolitische Sprecherin der einstmaligen Regierungspartei, Monika Düker, bezog ihre Kritik am Regierungshandeln nahezu ausschließlich auf eine mangelnde ökologische Nachhaltigkeit und sah insbesondere die Notwendigkeit, die Windenergie substanziell zu stärken und den Kommunen mehr Geld für den Klimaschutz zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang und auch generell bemängelte sie die erheblich zu geringen öffentlichen Investitionen im laufenden Haushalt seitens der Landesregierung. Keinen direkten Bezug stellte Frau Düker zu ihrem ehemaligen Aufgabenschwerpunkt in der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen her. Lediglich indirekt bezog sie Stellung zur Frage der inneren Sicherheit und hierbei übte sie scharfe Kritik an der Räumung des Hambacher Forstes durch die Polizei. Sie unterstellte an dieser Stelle, die Regierung habe sich ausschließlich in den Dienst von RWE gestellt.

Der Oppositionsführer im Landtag von NRW, der ehemalige Justizminister Thomas Kutschaty (SPD), kritisierte insbesondere, dass die Regierung angetreten sei, um den Haushalt zu sanieren und eine schlankere Bürokratie zu gewährleisten – stattdessen habe man über 500 zusätzliche Stellen im Ministerialapparat geschaffen. Herr Kutschaty bemängelte, dass die Minister der schwarz-gelben Regierung bislang nichts bewegt hätten. Alle würden nur von den Erfolgen der Vorgängerregierung profitieren. Hier bezog er sich explizit auch auf den Bereich der inneren Sicherheit. In seiner Rede legte Herr Kutschaty nochmals gegen den Innenminister nach und bezog, ebenso wie Frau Düker, Stellung zum Polizeieinsatz Hambacher Forst. Er sah es als erwiesen an, dass die Landesregierung durch den Einsatz ausschließlich RWE zur Durchsetzung der Rodung verhelfen wollte. Eine rechtsstaatlich fundierte Grundlage des Einsatzes vermochte Herr Kutschaty nicht zu erkennen.

Weitere Bezüge zur Innenpolitik stellte der Fraktionsvorsitzende der SPD in seiner 30-minütigen Rede nicht her.

■ **DPoIG sieht in der Regierungsarbeit sehr gute Ansätze – formuliert aber auch klare Forderungen**

Da offenkundig nicht alle Fraktionen im Landtag von NRW ihren politischen Schwerpunkt in der Innenpolitik sehen, ist es umso wichtiger, dass sich die DPoIG mit dem Haushalt des Jahres 2020 konstruktiv aus der Perspektive der Innenpolitik auseinandersetzt. Andernfalls wäre zu erwarten, dass die Regierung in ihrem Bestreben, die innere Sicherheit in NRW zu stärken, schnell nachlässt.

Betrachtet man die nackten Zahlen, so ist erkennbar, dass die Landesregierung an ihrem Plan, die innere Sicherheit wieder zu stärken, offenkundig festhält. Lagen die Ausgaben im Bereich des Innenministeriums im laufenden Haushaltsjahr noch bei rund 5,85 Milliarden Euro, so sieht der Haushaltsentwurf des kommenden Haushaltsjahres die Ausgabe von rund 6,2 Milliarden Euro (7,77 Prozent des Gesamtvolumens) im Einzelplan 03 (Ministerium des Innern) vor. Von den rund zwei Milliarden Mehrausgaben des Landeshaushaltes entfallen rund 350 Millionen auf den Einzelplan 03, also dem Etat des Innenministeriums.

Von den 6,2 Milliarden Euro, die dem Innenminister zur Verfügung stehen, entfallen rund 4,90 Milliarden (rund 78 Prozent) unmittelbar auf den Bereich der Polizei, wobei hier etwas mehr als 1,2 Milliarden Euro für Versorgungsaufwendungen vorgesehen sind.

Natürlich nutzt es wenig, nur die Zahlen zu betrachten. Daher hat die DPoIG den Haushalts-

Impressum:

Redaktion:
Sascha Gerhardt (v. i. S. d. P.)
Tel. 0163.1597230
E-Mail: redakteur@dpolg-nrw.de
Landesgeschäftsstelle:
Graf-Adolf-Platz 6
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211.93368667
Fax: 0211.93368679
Internet: www.dpolg-nrw.de
ISSN 0723-1822



entwurf dezidiert hinsichtlich wichtiger Investitionen für die innere Sicherheit analysiert und klare Forderungen an die Regierung formuliert. Nachfolgend sind die wichtigsten Aspekte der Stellungnahme der DPoIG dargestellt. Die komplette Stellungnahme befindet sich zur Einsichtnahme auf der Homepage der DPoIG NRW.

Gleich zu Beginn der Stellungnahme stellt der Landesvorsitzende der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus, deutlich heraus, dass der Haushaltsentwurf als weiterer Schritt zur notwendigen Stärkung der inneren Sicherheit betrachtet werden kann. Die weiterhin hohe Zahl der Einstellungsermächtigungen und die nach wie vor bestehende Bereitschaft, erhebliche Beträge in die polizeiliche Ausstattung zu investieren, sind hier deutliche Indikatoren.

Dennoch erkennt die DPoIG, dass im Detail noch viele Veränderungen erforderlich sind, um die innere Sicherheit strukturell und nachhaltig zu stärken.

■ Erhöhte Einstellungszahlen von Beamten und Tarifbeschäftigten

Die Investition in die Personalgewinnung ist aus Sicht der DPoIG NRW vollkommen richtig, sie ist aber auch dringend erforderlich, um der jahrzehntelangen verfehlten Einstellungspolitik substanziell entgegenzuwirken. Hierbei macht Erich Rettinghaus aber deutlich, dass viel zu viele Studierende das Studium nicht abschließen. Ärgerlich ist aus der Sicht der DPoIG, dass die Landesregierung bislang nicht gewillt ist, der Forderung der DPoIG nach Einstellung von Realschülern nachzukommen. Hierdurch könnten hoch motivierte zusätzliche Studierende gewonnen werden. Auf diese Weise könnte die Zahl der Absolventen deutlich erhöht werden.



© Gerhardt

Neben der erhöhten Zahl von Einstellungsermächtigungen für Polizeibeamtinnen und -beamte, wird auch von der DPoIG gelobt, dass weiterhin 500 Tarifstellen zusätzlich für die Polizei geschaffen werden. Aber auch hier mahnt die DPoIG an, dass sich die Landesregierung an die Vereinbarung hält, eine Durchlässigkeit für den Eintritt in die Beamtenlaufbahn zu ermöglichen, indem geeignete Tarifbeschäftigte das Bachelorstudium absolvieren.

■ Entlastung von Aufgaben dringend erforderlich

Um die Personalsituation weiter zu entschärfen, muss die Polizei bei einigen Aufgaben dringend entlastet werden. Bestimmte Objektschutzaufgaben (Schutzmaßnahmen und Objekte der Kategorie 5 und 6) können auch von entsprechend zertifizierten Sicherheitsunternehmen geleistet werden. Alternativ könnte die Aufgabe auch von Regierungsbeschäftigten übernommen werden. Diese Maßnahmen dürfen nicht zum Personalabbau bei der Polizei führen. Stattdessen müssen die gewonnenen Ressourcen dazu genutzt werden, die operativen Fähigkeiten sowie die Ermittlungsdienste nachhaltig zu stärken.

Aber auch bei der Entlastung von subsidiären Aufgaben, die von der DPoIG seit Jahren gefordert werden, hat sich noch nicht genug getan. Hier sind

den Kommunen durch das Land entsprechende Mittel zuzuweisen, sodass diese auch in der Lage sind, operative Kräfte in ausreichender Anzahl vorzuhalten. Viel zu oft agiert die Polizei für andere Behörden – eine Erstattung der anteiligen Kosten findet nicht statt und die Beamten fehlen für die Bewältigung der originären Polizeiarbeit.

■ Erhebliche Entlastung durch Halterhaftung möglich

Erhebliche Synergieeffekte könnten im personellen Bereich erzielt werden, wenn bei der Ahndung von Verkehrsverstößen, wie in vielen europäischen Nachbarländern auch, die Halterhaftung greifen würde. Diese Forderung erhebt die DPoIG nun ebenfalls bereits seit vielen Jahren. Trotz unbestrittenem Nutzen hat die Politik bislang nicht reagiert. Hier erwartet Erich Rettinghaus seitens der Landesregierung endlich Bewegung in der Sache. Die erheblichen Personalressourcen, die für die Führerermittlung derzeit aufgewendet werden müssen, könnten erheblich besser in die Verkehrssicherheitsarbeit investiert werden.

■ Immer noch keine Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG)

Ebenfalls kritisch betrachtet Erich Rettinghaus die Tatsache, dass auch im dritten Haushalt der Landesregierung, also zur Halbzeit des Regierungshan-

delns, immer noch keine DEIG beschafft wurden. Andere Bundesländer haben längst sehr positive Erfahrungen mit den nicht letalen Distanzwaffen gemacht und können NRW als positives Beispiel dienen. Der Hinweis des Innenministers, dass für die Beschaffung kein Geld verfügbar sei, ist für die DPoIG nicht nachvollziehbar, da die Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten in den vergangenen Jahren drastisch angestiegen sind. Die DPoIG erwartet, dass die Sicherheit der Beschäftigten höchste Priorität genießt.

■ Bekämpfung der Clankriminalität

Positiv bewertet die DPoIG, dass NRW durch das Lagebild „Clankriminalität“ nun einen klaren Überblick über die entsprechenden Aktivitäten und Deliktsfelder erhält. In diesem Zusammenhang wird durch die Gewerkschaft aber bemängelt, dass die Polizei oft nur an der Oberfläche agieren und daher regelmäßig nur „Hintermänner“ überführen kann. Wenn dann doch größere Erfolge möglich wären, scheitert ein nachhaltiger Erfolg insbesondere an dem notwendigen Instrument der Beweislastumkehr, welches für die relevanten Delikte nach wie vor nicht zur Verfügung steht. Folglich müssen eingezogene Sachwerte regelmäßig wieder ausgehändigt werden. Nur wenn es gelingt, den Clans die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen, können nachhaltige Erfolge ausgewiesen werden.

■ Verhinderung des Verfalls von Mehrarbeit und bessere Vergütung

Erheblichen Nachbesserungsbedarf erkennt die DPoIG auch bei der Vergütung von Mehrarbeit. Es darf aus der Sicht der Gewerkschaft nicht sein, dass durch einmalig geleistete Auszahlungen zum Beispiel höhere



Beiträge für die Betreuung von Kindern in Kitas oder bei der Ganztagsbetreuung in Schulen fällig werden. Hier sind entsprechende Freibeträge zu gewähren. Dazu sind die Stundensätze bei der Vergütung anzuheben und es ist zwingend erforderlich, den Verfall von Überstunden rechtssicher und dauerhaft zu verhindern.

► **Kostenleistungsgesetz einführen**

In vielen Bundesländern werden bestimmte Polizeieinsätze mit Gebühren belegt. In NRW ist das auch möglich, wird aber derzeit auf wenige Anlässe (zum Beispiel Begleitung von Schwertransporten) begrenzt. Die DPoIG hat schon in der Vergangenheit mehrfach betont, dass entsprechende Gebührentatbestände zum Beispiel für Gewahrsamnahmen erhoben werden sollten. Die Gelder könnten zur Stärkung der inneren Sicherheit verwendet werden.

► **Bußgelder für Verkehrssicherheitsarbeit einsetzen**

Ebenfalls sollten Verwarngelder und Bußgelder, welche von

der Polizei erhoben werden, dem Polizeititel zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel sollten für die Verkehrssicherheitsarbeit zweckgebunden eingesetzt werden.

► **Aufhebung der Deckelung bei der Funktionszuordnung (FZO)**

Die Polizei hat im Bereich der A12- und A13-Funktionen ein strukturelles Problem, welches sich erheblich auf die Qualität der Polizeiarbeit auswirkt. Aufgrund der Deckelung von Stellen im A12- und A13-Bereich, können viele Führungskräfte nicht adäquat besoldet werden. In diesen Fällen lohnt sich die Übernahme von Führungsverantwortung definitiv nicht. Ebenso besteht für viele Spezialisten bei der Kriminalpolizei keine Chance auf Beförderung, wenn diese sich nicht auf Führungsfunktionen in anderen Direktionen bewerben. Auf diese Weise werden Ermittlungstätigkeiten der Behörden substanzial geschwächt. Gleiches gilt für Verwaltungsbeamtinnen und -beamte. Diese haben in den Oberbehörden erheblich bessere Aufstiegschancen, so-

dass sehr viele Leistungsträger die Polizei verlassen. Die Aufhebung der Deckelung der Stellen gemäß FZO ist daher dringend geboten, um entsprechend entgegenzusteuern und die Polizei- und Verwaltungsarbeit qualitativ deutlich zu stärken. Die DPoIG begrüßt ausdrücklich, dass sich der Innenminister für diesen Ansatz stark macht. Nun ist der Finanzminister gefragt, hier die notwendigen Mittel bereitzustellen. Es ist selbstverständlich, dass eine Kompensation der Maßnahme nicht durch geringere Beförderungsmöglichkeiten in den unteren Besoldungsgruppen erzielt werden darf. Es müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

► **Zulagen endlich anheben**

Dass seit Jahren die Forderungen nach Anpassungen im Zulagenwesen ungehört verhallen, veranlasst Erich Rettinghaus, deutlich kritische Worte zu gebrauchen. Nach seiner Einschätzung ist es ein Unding, dass sowohl der Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) aber auch andere Erschwerniszulagen entweder immer noch auf unangemessen

niedrigem Niveau verharren oder erst gar nicht eingeführt werden (zum Beispiel BP-Zulage). Hier erwartet die DPoIG von der Landesregierung endlich Taten. Dies betrifft nicht nur das Zulagenwesen. Die Kürzungen beim Weihnachtsgeld und das gestrichene Urlaubsgeld stellen nach Ansicht der DPoIG Sonderopfer der Beamten dar, die nicht länger hingenommen werden können.

Die DPoIG erwartet von der Landesregierung mittelfristig eine komplette Überarbeitung des Zulagenwesens.

Erich Rettinghaus betont, dass trotz der zahlreichen Forderungen der DPoIG insgesamt anerkannt wird, dass die Landesregierung sehr viele positive Maßnahmen insbesondere im Bereich der Ausstattung eingeleitet und vollzogen hat. Daher kann der Landesregierung insgesamt ein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Dennoch wird die DPoIG NRW das weitere Regierungshandeln konstruktiv kritisch begleiten und so ihren Teil dazu beitragen, die Stärkung der inneren Sicherheit in NRW voranzubringen. ■

Digitalstrategie der Polizei NRW – Auslieferung der Smartphones hat begonnen

Digitalisierung ist das Schlüsselwort für die Zukunftsfähigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen – die Polizei NRW beschreitet neue Wege, um endlich auch die operativen Einheiten technisch ins 21. Jahrhundert zu befördern.

Die Nutzung digitaler Infrastruktur der Polizei auf den Einsatzfahrzeugen ist schon seit vielen Jahren Thema im politischen Raum. Schließlich fordert die DPoIG NRW schon

seit langer Zeit vehement die Digitalisierung der Einsatzfahrzeuge. Bislang folgte die Politik nur sehr widerwillig der Vorstellung, den Beamtinnen und Beamten im Einsatzraum auch

Zugriff auf relevante polizeiliche Dateien und Anwendungen zu geben. Erst zum Ende der letzten Legislaturperiode war die Regierung der Ministerpräsidentin Hannelore

Kraft bereit, sich intensiver mit der Verbesserung der technischen Ausstattung der Einsatzkräfte auseinanderzusetzen. Allerdings mit mäßigem Erfolg.



© Fiegel (3)

Ein durchgeführter Testlauf mit mobilen Endgeräten eröffnete lediglich die Möglichkeit, den elektronischen Streifenbeleg auf dem Funkwagen auszufüllen. Darüber hinaus waren ein paar Dienstanweisungen und Verfügungen mobil verfügbar. Das war eindeutig viel zu wenig, um einen praktischen Nutzen für die Polizei zu liefern.

Das Thema Digitalisierung wurde unter Rot-Grün stiefmütterlich behandelt

Bereits in den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag war den Fachpolitikern von CDU und FDP klar, dass die digitalen Möglichkeiten der Polizei deutlich verbessert werden müssen. Die mobile Nutzung digitaler Daten, für Bürgerinnen und Bürger durch die Nutzung von Smartphones seit Jahren bereits Standard, war für die Polizei NRW gefühlt noch Lichtjahre entfernt. Zwar befinden sich schon seit einigen Jahren Mobiltelefone auf den Fahrzeugen der operativen Einheiten. Mit den Geräten ist aber tatsächlich ausschließlich die fernmündliche Kommunikation in Sprache und in Form von SMS möglich. Die Nutzung von Messengern sowie der Zugriff auf digitale Datenverarbeitungsprogramme der Polizei ist allerdings mit den vorhandenen Geräten keinesfalls möglich.

Das beeinträchtigt die operative Arbeit der Polizei auf viel-

fältige Weise. Datenabfragen müssen umständlich an Einsatzbearbeiter per Digitalfunk übermittelt werden. Ebenso können Personenfahndungen ausschließlich durch mündliche Beschreibung durch Einsatzbearbeiter an die Kräfte im Einsatzraum gesteuert werden, weil die Nutzung gebräuchlicher Messenger zu dienstlichen Zwecken nicht gestattet ist. Dies ist nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die Datenhoheit bei den gebräuchlichen Messengern nicht alleine beim Nutzer liegt, natürlich auch durchaus nachvollziehbar. Darüber hinaus befinden sich sämtliche Daten, welche versendet werden, auf fremden Servern. Dies widerspricht komplett den Sicherheitsstandards der Dateninfrastruktur des Landes NRW.

Alleine beim Thema „Datensicherheit von Messenger-Diensten“ wird sehr schnell deutlich, dass die Regierung bei der Einführung mobiler Datenverarbeitung bei der Polizei einige Hürden überwinden musste.

Im Koalitionsvertrag lautete es noch: *„Wir wollen, dass unsere Polizistinnen und Polizisten über eine moderne Ausrüstung verfügen. Deshalb werden wir alle Streifenwagen der nordrhein-westfälischen Polizei mit geeigneten Laptops oder Tablets ausstatten und sicher miteinander vernetzen.“*

„Darüber hinaus werden wir eine ausreichende Zahl von Diensthandys für die Polizeikräfte sicherstellen und einen Polizei-Messenger zeitnah einführen.“

Die Benutzeroberfläche des Smartphones ist sehr übersichtlich gestaltet – die Nutzung der Geräte wird den Kolleginnen und Kollegen keine großen Schwierigkeiten bereiten.

Neustart der Digitaloffensive nach Regierungsübernahme – ein langer Weg zum Erfolg

Die Formulierung basierte noch auf der Annahme, dass die unter der rot-grünen Vorgängerregierung begonnene Kampagne zur Einführung von digitalen Endgeräten auf den Einsatzfahrzeugen der NRW-Polizei final zu Ende geführt werden könnte.

Hier zeigte sich allerdings recht schnell, dass die Regierung Kraft außer einem Imagefilm nicht viel zur Realisierung der mobilen digitalen Infrastruktur entwickelt hatte. Eine rasche Umsetzung des Vorhabens war insofern in weite Ferne gerückt.

In dieser misslichen Situation lagen aber tatsächlich auch Chancen für die neue Landesregierung, denn man konnte eine völlig neue Strategie entwickeln und musste nicht die begonnenen Projekte der Vorgängerregierung fortführen – so wie das zum Beispiel bei der Anwendung zur Vorgangsbearbeitung ViVA der Fall war.

Fraglich war, ob eine Ausstattung mit Notebooks oder Tablets mit der Digitalstrategie des Innenministeriums vereinbar sein könnte. Das erklärte Ziel lautet schließlich, möglichst viele Funktionen auf einem Gerät zu vereinen anstatt ständig neue Geräte einzuführen und diese parallel nebeneinander zu verwenden.

Diese Grundüberlegung führte dazu, dass sich der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul, rasch dafür entschied, anstelle von Notebooks oder Tablets lieber Smartphones mit den notwendigen Funktionen auszustatten und diese in die digitale Infrastruktur des Landes einzubinden. Hierzu bedurfte es allerdings erheblicher finanzieller Aufwendungen.

An dem Ankauf von Smartphones führte kein Weg vorbei

Andere Bundesländer verfolgen zwar teilweise bei der mobilen Digitalisierung das Modell „bring your own device“, um so Kosten zu sparen. Bei dieser Methode werden private digitale Endgeräte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu dienstlichen Zwecken genutzt. Diese Vorgehensweise konnte für NRW nicht wegweisend sein, weil eine Vermischung privater und dienstlicher Anwendungen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht infrage kam. Insofern konnte nur die komplette Neubeschaffung von Endgeräten zu einer angemessenen Lösung führen.

Die Landesregierung entschied sich daher dafür, 20 000 Smartphones des Typs Apple iPhone 8 zu beschaffen.

Die Auslieferung hat bereits begonnen, sodass bereits erste Erfahrungen mit den Geräten gemacht werden konnten.

Bis zum Frühjahr 2020 sollen alle operativen Einheiten der Polizei mit den Geräten ausgestattet werden.

Neben der erforderlichen Hardware bedurfte es auch noch der Beschaffung entsprechender Software, um das Ziel, Bild-, Sprach- und Textnachrichten an die Beamtinnen und Beamten im Einsatzraum zu steuern, auch umsetzen zu können.

Eine Marktschau ergab, dass es bereits entsprechende Messenger-Dienste gab, die auf polizeieigenen Servern ohne fremde Zugriffsmöglichkeiten betrieben werden kann. Diese Tatsache ersparte eine langwierige Entwicklungsarbeit und eröffnete so die Möglichkeit einer schnellen Einführung der neuen Technik.





Der Start erfolgt noch mit reduzierten Anwendungsmöglichkeiten

Um die Smartphones tatsächlich schnellstmöglich verfügbar zu machen, entschied sich das Innenministerium dafür, zunächst mit reduzierten Möglichkeiten an den Start zu gehen. So werden mit der Auslieferung als zentrale Anwendungen zu Beginn nur ein Messenger, ein Dokumentenscanner und eine Auskunftsass zur Verfügung stehen.

Der Dokumentenscanner eröffnet die Möglichkeit, Ausweisdokumente wie Personalausweise und Führerscheine aber auch Kfz-Kennzeichen einzulesen und unmittelbar mit dem Fahndungsbestand abzugleichen. Kennzeichenüberprüfungen werden auch aus dem Fahrzeug heraus möglich sein. Es bedarf keiner unmittelbaren Nähe zum gescannten Kennzeichen.

Durch diese App können endlich bereits im Einsatzraum Personen- und Fahrzeugüberprüfungen

selbstständig abschließend vorgenommen werden. Eine Kontaktaufnahme zu den Einsatzarbeitern ist zu diesem Zweck nicht mehr erforderlich.

Weitere Apps werden folgen

Es soll nicht lange bei den drei Apps bleiben, die zu Beginn auf den Servern bereitgestellt sein werden. Es wird unter anderem an Lösungen zur digitalen Verkehrsunfallaufnahme für einfache Verkehrsunfälle der Kategorie fünf gearbeitet. Auf diese Weise sollen derartige Vorgänge an Ort und Stelle abschließend bearbeitet werden können, ohne dass ein Formular händisch ausgefüllt werden muss. Die entsprechenden Dokumente sollen auf einem Server für die Beteiligten beziehungsweise deren Versicherungen zum Download bereitgestellt werden.

Diese Form der Verkehrsunfallaufnahme würde einerseits eine deutliche Zeitersparnis mit sich bringen und zudem die Tür für die papierlose Verkehrsunfallaufnahme öffnen.

In einem weiteren Schritt soll zukünftig die Identifizierung von Personen mittels Fingerabdrucks vor Ort durch den Einsatz des Smartphones eröffnet werden. Es wird allerdings ver-

mieden, dass die Smartphones vom polizeilichen Gegenüber berührt werden müssen. Die hochauflösende Kamera des Gerätes ermöglicht es, die Fingerprints berührungslos zu scannen. Bevor das Verfahren zur Anwendung kommen kann, muss es allerdings noch diverse Qualitätsüberprüfungen durchlaufen.

Smartphones bieten noch weit mehr Möglichkeiten

Es könnte sich natürlich die Frage aufdrängen, wieso die Landesregierung keine Tablets einführt, da diese aufgrund ihrer Größe natürlich besser geeignet wären, um damit zu arbeiten. Diese Vorgehensweise entspräche jedoch nicht dem Bestreben, irgendwann nur noch ein digitales Endgerät vorzuhalten. Kurzfristig werden die Geräte bereits die auf den Funkwagen mitgeführten digitalen Kameras entbehrlich machen. Langfristig ist davon auszugehen, dass die Smartphones auch die Desktop-Rechner ersetzen.

Regierung arbeitet sehr zielstrebig an der Weiterentwicklung der inneren Sicherheit

„Digitalisierung wurde sehr lange bei der Polizei stiefmütterlich

behandelt. Lange bestand die Ansicht, die Polizei erfülle bereits hohe digitale Standards, weil sehr viele Informationen per E-Mail gesteuert werden und die Vorgangsbearbeitung am Computer vorgenommen wird. Ein Blick in den Alltag der Menschen macht aber deutlich, dass die Polizei bei der Digitalisierung noch sehr viel aufzuholen hat. Das haben wir als DPoIG auch stets angemahnt und schon seit vielen Jahren gefordert, dass insbesondere im Bereich der mobilen Verfügbarkeit von Daten sehr viel unternommen werden muss. Unter Minister Jäger wurde die Digitalisierung nur ausgesprochen halbherzig vorangetrieben. Die aktuelle Landesregierung geht mit Innenminister Herbert Reul den richtigen Weg. Als die Regierung die Arbeit aufgenommen hat, bestanden nur Fragmente einer mobilen Digitalstrategie. Daher muss man lobend anerkennen, dass die Umsetzung so schnell funktioniert hat. Die Einführung der Smartphones ist ein weiterer Beleg für die zielstrebige Umsetzung des Koalitionsvertrages. Innere Sicherheit hat bei den Regierungsparteien eindeutig weiterhin Priorität“, kommentierte der Landesvorsitzende der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus, das Vorgehen der Landesregierung. ■

Erich Rettinghaus zu Gast auf dem Verbandstag der FDP Ruhr in Mülheim

Die FDP Ruhr mit ihrem Vorsitzenden Ralf Witzel MdL und dem stellvertretenden Vorsitzenden Christian Mangen MdL hatten zum Verbandstag mit dem Themenfeld „Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst“ Vertreter des DBB mit seinen Einzelgewerkschaften geladen. Neben der DBB Jugend mit Marcel Huckel, Achim Hintz (BDSB) und der komba vertrat Erich Rettinghaus den DBB NRW und die DPoIG NRW.

Auf der gut besuchten Veranstaltung begann nach kurzen Eingangsstatements eine rege Diskussion.

Erich Rettinghaus stellte den Wettbewerb um die „Besten“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen und der privaten

Wirtschaft dar, aber auch den Wettbewerb im öffentlichen Dienst zwischen den einzelnen Bundesländern. Um die Besten

für NRW zu gewinnen, ging er auf die verschiedensten Bereiche des öffentlichen Dienstes wie Bildung, Finanzen, innere

Sicherheit, Justiz und andere Verwaltungssparten ein. Nach Darstellung der Ausbildungs- und Bewerberlagen in den genannten Bereichen mit praktischen Beispielen von Studienabbrechern, alternativen Bildungs- beziehungsweise Studiengängen, dem gesamten dringend zu überarbeitenden Zulagenwesen für Beamte und Regierungsbeschäftigte muss die Attraktivität insgesamt durch Verwendungs-, Aufstiegs- und Besoldungsmöglichkeiten angepasst werden. Der Staat muss moderner, schneller und individuell anpassungsfähig sein, dazu sind „verstaubte“ und nicht mehr zeitgemäße Gesetze und Verordnungen anzupassen.

Erich Rettinghaus verdeutlicht für den polizeilichen Bereich die überdurchschnittlich hohe Abbrecher- und Durchfallquote im Studium anhand von aktuellen Zahlen des Einstellungsjahrgangs 2018 und 2019, ebenso die Problematik zur Gewinnung von Spezialisten (zum Beispiel IT-Bereich) mit zu niedrigen Entgeltgruppen und zu wenig Flexibilität bei möglichen Zulagen. Dabei warb er für den Bildungsgang für Fachoberschüler „Polizeidienst und öffentliche Verwaltung“ an einer Berufsbildenden Schule mit Erlangung der Fachhochschulreife und im Anschluss beginnendem Bachelorstudium. Dieser wird seit Jahren in



Der Landesvorsitzende der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus (2. von links) referierte auf Einladung von Ralf Witzel MdL (3. von links) auf dem Verbandstag der FDP Ruhr.

Rheinland-Pfalz angeboten und könnte auch in NRW schnell und zeitnah eingeführt werden. Wer sich zwei Jahre mit Praktika auf das Bachelorstudium vorbereitet, kommt hochmotiviert zur Polizei.

Wie für andere Bereiche auch, muss für den Bereich Innen dringend das Zulagenwesen überarbeitet und angepasst werden, der Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) ist viel zu gering und nicht flexibel. Auch wenn nach dem Nachtdienst der Dienst verlängert werden muss, ist das DuZ, machte Erich Rettinghaus klar.

Der DBB NRW hat dazu die Kernkompetenz und ist der einzige richtige Ansprechpart-

ner für die Belange der Beamtinnen/Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst. Insgesamt ist ein frühes „Rekrutierung“ von potenziellen Bewerbern für den öffentlichen Dienst anzustreben. Teams müssen in die Schulen und Vereine, dort die Besten erkennen, begleiten, fördern und binden. Die Wirtschaft hat das längst erkannt.

So positiv die Stellenaufwüchse im Haushalt 2020 sind, so hoch sind die Leerstellen in den Bereichen Schule und Bildung, Finanzen, Justiz und Innen im öffentlichen Dienst. Die von Erich Rettinghaus vorgestellten hohen Zahlen sorgten teils für erstaunte Blicke und führten den Teilnehmern deutlich vor Augen, in welcher angespannten Lage sich der öffentliche Dienst befindet.

Der DBB NRW hat längst viele Antworten und Ansätze für eine Attraktivitätsoffensive im öffentlichen Dienst und dazu auf dem Gewerkschaftstag 2019 einen Leit Antrag verfasst. Erich Rettinghaus erläuterte die Standpunkte des DBB NRW hinsichtlich der Oberbegriffe:

> Wochenarbeitszeit/Reduzierung Anpassung an den TvL,

- > Langzeitarbeitskonten, welche aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen in den Bereichen des öffentlichen Dienstes spezifisch für diese Gruppen zu erarbeiten sind,
- > die Anhebung Eingangsbesoldung der Laufbahngruppen,
- > Kostendämpfungspauschale,
- > Vereinbarkeit von Beruf, Karriere, Familie mit einem „Staat“ als modernen und attraktiven Arbeitgeber im digitalen Zeitalter.

Bei allen Forderungen und dringend notwendigen Maßnahmen fand Erich Rettinghaus aber auch deutlich lobende und anerkennende Worte für die bisher geleistete Arbeit der Regierung und die gute konstruktive Zusammenarbeit mit der FDP.

Für ihre spezifischen Bereiche ergänzten Achim Hintz und Marcel Huckel mit Beispielen und Fakten und machten klar, wo der „Schuh“ drückt und gingen ebenso auf Fragen aus dem Teilnehmerkreis ein. Hierbei bezogen sie insbesondere Stellung zum immer größer werdenden Problem der Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. ■



> Auf der sehr gut besuchten Veranstaltung stellte Erich Rettinghaus sehr anschaulich die vielen Probleme des öffentlichen Dienstes dar. Hierbei stellte er unter anderem dar, wieso das Zulagenwesen dringend reformiert werden muss.



➤ **Jahreshauptversammlung Kreisverband Münster**

Die Jahreshauptversammlung des DPoIG-Kreisverbandes Münster wurde diesmal in den Räumlichkeiten der Kantine des Polizeipräsidiums Münster abgehalten, sodass auch in Zeiten von Personalnot und Zeitdruck möglichst vielen Mitgliedern eine unkomplizierte und reibungslose Teilnahme ermöglicht werden konnte.

Neben den „eigenen Leuten“ konnte, auch im Sinne der übergreifenden und der gut verzahnten Gewerkschaftsarbeit, der Vorsitzende des BdK Münster, Klaus Öchsner, begrüßt werden.

Neben den Formalien, wie der Bericht des Schatzmeisters und des Kassenprüfers, standen vor allen Dingen inhaltliche Schwerpunkte auf dem Programm. So konnte der Vorsitzende Andre Middrup auf zahlreiche Veranstaltungen zurückblicken, wie zum Beispiel das sehr gut besuchte Steuerseminar (Wiederholung auf jeden Fall auch in 2020!), die engagierte Mitarbeit bei der Neumitgliederwerbung in der Orientierungswoche und eine steigende Präsenz in den sozialen Medien. Des Weiteren konnte

Andre Middrup einen erfreulichen Ausblick auf den Landeskongress im nächsten Jahr geben, da der Kreisverband Münster dort mit neun stimmberechtigten Mitgliedern teilnehmen wird.

Klaus Öchsner als Gast des BdK berichtete von seiner Teilnahme im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages NRW und die Probleme im Bereich der Personalentwicklung in den nächsten Jahren.

Neue Mitglieder im Vorstand

Darüber hinaus freuen wir uns über weibliche Unterstützung im Kreisvorstand. Aufgrund der steigenden Mitgliederzahl und den damit verbundenen Belastungen wurde Silke Fischer als weiteres Mitglied in den Vorstand gewählt.

Da wir uns auch bei den Fachhochschulern über deutliche Mitgliederzuwächse freuen dürfen, wurden Christin Sagemann, Florenz Bader, Moritz Schuster und Fabian Suermann als Stellvertreter für die JuPol-Vorsitzende Marie Schmitz-Moormann gewählt, um auch weiterhin



© DPoIG-KV Münster

➤ Die Jahreshauptversammlung des DPoIG-Kreisverbandes Münster bot reichlich Raum für Diskussionen – dies nutzten die Teilnehmer ausgiebig.

eine möglichst gute Betreuung an der FHöV Münster gewährleisten zu können.

Direktionsleiter ZA gewährt Einblicke in viele aktuelle Entwicklungen in der Behörde

Nach dem offiziellen Teil stand der Direktionsleiter ZA, Herr Gross, den Teilnehmern Rede und Antwort. Schwerpunkt bei diesem Austausch war der geplante Neubau des PP Münster, aber auch die schwierige Per-

sonalsituation und der damit verbundene Umgang mit den anfallenden Überstunden.

Abschließend fand das traditionelle Grünkohlessen statt. In lockerer Runde wurden viele Ideen und Anregungen ausgetauscht, sodass der DPoIG-Kreisverband Münster sich auf das neue Jahr freut und bis dahin allen eine besinnliche Vorweihnachtszeit und ein friedliches Weihnachtsfest wünscht.

Jahreshauptversammlung des KV Wesel

André Mautz erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt

Am 12. November 2019 fand im vollbesetzten Saal der Marktschänke in Wesel-Büderich unter Teilnahme des Landesvorsitzenden Erich Rettinghaus die Jahreshauptversammlung des DPoIG-Kreisverbandes Wesel statt.

➤ **Langzeitkonten für die Arbeitszeit**

Der Landesvorsitzende berichtete von aktuellen Themen aus dem Land. Hier legte er besondere Schwerpunkte auf die Schaffung

von Langzeitkonten für die Arbeitszeit, die am Ende Teil einer Lösung für das Problem der verfallenden Überstunden bei der Polizei NRW sein könnten (der POLIZEISPIEGEL berichtete in der Ausgabe 11/2019).

➤ **Funktionszuordnung: Aufhebung der Stellendeckung**

Ebenso bezog er Stellung zur Deckelung der Stellen gemäß Funktionszuordnung (FZO), die sich mehr und mehr als Prob-

lem für die Kreispolizeibehörden und die innere Sicherheit insgesamt erweist (der POLIZEISPIEGEL berichtete in der Ausgabe 10/2019). Erich Rettinghaus merkte hierzu an, dass sehr viel wichtiges Erfahrungswissen und Spezialwissen aus den Direktionen K und ZA abwandert, weil die Kollegen nur auf diesem Wege Besoldungsgruppen oberhalb von A 11 erreichen können. Während die Beamtinnen und Beamten der Dir. K überwiegend über die Besetzung von Führungsfunktionen in der Direktion GE ge-

hobene Besoldungsgruppen erreichen wollen, verlassen viele hervorragend qualifizierte Kolleginnen und Kollegen der Direktion ZA die Kreispolizeibehörden, um bei den Bezirksregierungen sowie in den Ministerien Karriere zu machen. Das schwächt die einzelnen Behörden außerordentlich. Daneben besteht nach wie die Problematik, dass viele Führungsfunktionen nicht angemessen besoldet werden, weil durch die Stellendeckung der FZO nicht ausreichend Beförderungstellen vorhanden

sind. So werden völlig identische Funktionen unterschiedlich besetzt. Sachgründe für diese Verfahrensweise liegen nicht vor. Begegnen kann man diesem Trend, indem weitere Stellen ausgewiesen werden und sowohl Führung und Fachkarrieren in allen Direktionen angemessene Berücksichtigung finden. Innenminister Herbert Reul hat sich durch die Gewerkschaften beraten lassen und erkennt an, dass eine Änderung der FZO dringend geboten ist. Hierzu erarbeitet das Ministerium mit dem Finanzministerium eine Lösung. Erich Rettinghaus stellte klar heraus, dass eine finanzielle Kompensation keinesfalls durch Reduzierung der zugewiesenen Stellen im Bereich der unteren Besoldungsgruppen erfolgen darf.

■ Digitalstrategie des Landes – Einführung der Smartphones

Zudem widmete sich Erich Rettinghaus der technischen



➤ Der neue Vorstand des DPoIG Kreisverbandes Wesel. Erster Gratulant war der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus (rechts im Bild)

Ausstattung der Polizei und den Überlegungen zur Digitalstrategie des Landes NRW. Es steht gegenwärtig die flächendeckende Einführung der Smartphones für operative Kräfte der Kreispolizeibehörden an. Nachdem die Einführung des Vorgangsverwaltungsprogramms ViVA eindeutig misslungen ist, gilt es einen erfolgreichen Start mit den Smartphones hinzulegen. Erich

Rettinghaus machte deutlich, dass die Einführung der Smartphones nicht nur die Beschaffung eines weiteren technischen Geräts für die Unterstützung der operativen Polizeiarbeit darstellt. Vielmehr sind die Smartphones der erste Baustein einer neuen Digitalstrategie des Landes NRW. Am Ende steht die Erwartung, dass die Smartphones sowohl die Desktop-Computer, die Digitalkameras als auch weitere Ausrüstungsgegenstände, welche heute noch zusätzlich im Bestand der Kreispolizeibehörden sind, ersetzt werden. Erich Rettinghaus brachte aber nicht nur Informationen über technische Innovationen mit nach Wesel.

■ Einsatzmöglichkeiten für Tarifbeschäftigte

Es wurde darüber hinaus darüber diskutiert, wie vielfältig die Einsatzmöglichkeiten für Tarifbe-

schäftigte sind, die im Rahmen des Maßnahmenpakets der Landesregierung eingestellt werden. Neben den klassischen Möglichkeiten, diese in der Direktion ZA als Ersatz für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte einzustellen, gibt es auch Initiativen von Behörden, Tarifbeschäftigte in K-Wachen oder im Polizeigewahrsam zu verwenden.

Des Weiteren fand ein reger Austausch mit dem Abteilungsleiter Polizei, LPD Rüdiger Kunst, über innere Belange der Kreispolizeibehörde Wesel statt. Neben der Weitergabe wichtiger Informationen, galt es auch einen neuen Vorstand zu wählen (siehe Infokasten).

Die Teilnehmer waren sich einig, dass es eine rundum gelungene Veranstaltung war, die zum Abschluss mit einem Gänseessen abgerundet wurde. ■

➤ Ergebnisse der Vorstandswahlen

Wahl zum Vorsitzenden:

André Mautz, Personalratsvorsitzender, wurde als Kreisvorsitzender bestätigt.

Wahl zur 1. stellvertretenden Vorsitzenden:

Cornelia Doernemann, Geschäftsführung des Personalrates, wurde ebenfalls als 1. stellvertretende Vorsitzende bestätigt.

Zu weiteren stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt:

- Kristin Heuken, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Mareike Suntz, Innerer Dienst PW Moers
- Sebastian Nitz, PW Kamp-Lintfort
- Burkhard Welling, Sachgeb. ZA 3.1

Als Beisitzer wurden gewählt:

- Fabian Hagelgans, KK 12, für den Bereich Tarif
- Heiko Knospe, KK 14, K-Wache für den Bereich Beamte
- Christian Beckmann, PW Kamp-Lintfort, für den Bereich JUNGE POLIZEI
- Hans-Jürgen Dörschlag, für den Bereich Senioren

Weitere Beisitzer:

- Aurelia Cirocki, PW Kamp-Lintfort
- Wolf Verhoeven, PW Dinslaken
- Michael Petrikowski, KK 12
- Stefan Mehnert, PW Kamp-Lintfort
- Henner Störmer, PW Dinslaken

Die Redaktion des POLIZEISPIEGELS gratuliert allen Gewählten zur Wahl und wünscht viel Erfolg und Freude bei der Ausübung der Funktionen.

Die Redaktion des POLIZEISPIEGELS wünscht allen Kolleginnen und Kollegen frohe Weihnachten sowie einen guten Rutsch in ein gutes, erfolgreiches, schönes und insbesondere gesundes Jahr 2020.